

Das Gebot der Stunde: konservativ denken – revolutionär handeln

Eine Denkschrift an alle deutschen Patrioten

Von Dr. Olaf Otto Dillmann

Läßt man die politische Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte Revue passieren, so kann einem die Erkenntnis nicht verborgen bleiben, daß die Konservativen und damit konservatives Denken und Handeln Opfer einer zunehmenden "Ausgrenzung" und Ghettoisierung geworden sind. Konservativ wurde und wird im schmeichelhaftesten Fall noch mit "ewiggestrig" gleichgesetzt, konservatives Denken auf das Schlagen von Weltkriegsschlachten in rauchigen Hinterzimmern zwielichtiger Spelunken begrenzt. Bewußt werden in unserer sich pluralistisch nennenden Gesellschaft konservative Positionen einer desinformierten Öffentlichkeit als demokratiefeindlich suggeriert.

Konservatives Denken und Handeln bedeutet aber nicht, Verhältnisse herbeiführen zu wollen, die gestern herrschten, also reaktionär zu sein, sondern aus unserer Kultur und Geschichte jene Werte zu extrahieren, die Ewigkeitscharakter haben und das Zusammenleben und Zusammenwirken der Menschen in einem Gemeinwesen überhaupt erst ermöglichen. Auch der Konservative erkennt, daß die Geschichte keinen status quo kennt, der sich beliebig lange aufrechterhalten oder auf Dauer konservieren ließe. Auch der Konservative erkennt, daß die Völker dieser Erde in einen ständig fortschreitenden Entwicklungsprozeß eingebunden sind, aus dem sie sich nicht herausstehlen können. Konservativ sein bedeutet aber auch immer zugleich revolutionär zu sein. So wie die Naturgesetze das Geschehen in der unbelebten Natur steuern, wird das Leben der Menschen durch Verhaltensnormen, Werte, bestimmt, die zu ignorieren, Kulturverfall und den Weg in die Barbarei bedeuten. Diese Werte sind, um es vorweg zu sagen: Gemeinsinn, Opferbereitschaft, Disziplin, Bereitschaft zum Dienen, Pflichtbewußtsein, Vaterlandsliebe, Toleranz, Achtung vor dem menschlichen Leben, die herausgehobene Stellung von Ehe und Familie und die besondere Rolle, die der Frau als Mutter zugeordnet ist. Die systematische Aushebelung dieser Werte war nach dem Zweiten Weltkrieg von der Frankfurter Schule geistig vorbereitet und ist durch die 68er praktisch durchgesetzt worden.

Unser Wertefundament droht in der Tat durch immerwährende Anpassung an den Zeitgeist und zunehmende Annäherung an liberalistische Positionen bis zur Unkenntlichkeit verwässert zu werden. Liberalistische Tendenzen spiegeln sich auch im Propagieren der multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft wider, die uns als alternativlose Zukunft angepriesen wird. Damit eng verbunden ist der Verzicht auf das Abstammungsprinzip beim Staatsangehörigkeitsrecht, die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, der geduldete Asylmißbrauch und die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz, das Deutschland de facto und de jure unumkehrbar zu einem Einwanderungsland machen soll. Daß die multikulturelle Gesellschaft, die zugleich auch immer eine multiethnische und multinationale "Gesellschaft" ist, das Recht des deutschen Volkes auf Wahrung seiner Identität verletzt und die Demokratie in diesem Land gefährdet, wird von ihren Propagandisten beharrlich geleugnet. Die Demokratiefähigkeit ist eine Funktion der Konsensfähigkeit unter den Angehörigen eines Gemeinwesens. Diese Konsensfähigkeit baut wiederum auf anerkannten gemeinsamen Werten auf, fußt aber auch auf dem gemeinsamen Bekenntnis zu einer unteilbaren Gemeinschaft. Dieses täglich abgegebene Bekenntnis ist der Gebrauch der gemeinsamen Sprache und das Erleben der gemeinsamen Kultur, die ursächlich durch die gemeinsame Abstammung bestimmt wird. Ein Dissens bei den Grundwerten, hervorgerufen etwa durch die Hereinnahme von Millionen Moslems in die Bundesrepublik Deutschland, beeinträchtigt die Konsensfähigkeit und läßt um den Fortbestand der Demokratie bange werden.

Was heißt es nun konkret, konservativ zu sein. Um es mit einem Satz zu sagen: Konservativ sein, heißt, Lebensgrundsätze, die über Jahrhunderte in der Tradition eines

Volkes Bestand hatten, nicht immer wieder in Anbiederung an zeitgeistliche Strömungen über Bord zu werfen.

Mit dem Bekenntnis zu konservativen Werten muß – zur Bewahrung dieser Werte – in unserer Zeit eine revolutionäre Gesinnung verbunden sein. Der Gegner steht uns in Gestalt der „one World“-Ideologen und ihrer Apologeten sowie der Globalisierungs-Fetischisten gegenüber, die eine quasi neofeudalistische Ordnung über die Völker dieser Erde stülpen wollen. Hier hilft es, an die zwar schwach ausgeprägte – aber immerhin vorhandene – revolutionäre Tradition in Deutschland zu erinnern. Thomas Müntzer im 16. Jahrhundert sowie Friedrich Hecker und Robert Blum im 19. Jahrhundert zogen mit ihren Bauern- und Volksheeren gegen die Feudalherren. Ihre Aufstände und Revolutionen wurden in Blut ertränkt. Friedrich von Schill zog im frühen 19. Jahrhundert gegen die französischen Besatzer ins Feld und Albert Leo Schlageter führte den passiven Widerstand in frühen 20. Jahrhundert wiederum gegen französische Besatzer an. Der Kampf gegen Feudal- und Fremdherrschaft hat in Deutschland Tradition!

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Einigung Europas in der real existierenden EU. Grundlage jeder politischen Ordnung in Europa muß das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Anerkennung der Volkssouveränität sein. Die in Artikel 20 GG festgeschriebene Volkssouveränität - alle Staatsgewalt geht vom Volke aus heißt es dort – ist durch das Parteiensystem und den Parlamentarismus de facto bereits beseitigt. Ausdruck der Volkssouveränität, die im 18. und 19. Jahrhundert gegen Fürstenwillkür und Tyrannei erkämpft wurde, ist der Nationalstaat, der durch das Selbstbestimmungsrecht seine völkerrechtliche Legitimation besitzt. Das Bekenntnis zu Volkssouveränität und Selbstbestimmung ist ein konservatives und zugleich revolutionäres Bekenntnis. Ein politisch geeintes Europa darf daher nicht die Eigenstaatlichkeit Deutschlands berühren. Ein vereintes Europa muß im Sinne de Gaulles ein "Europa der Vaterländer" und als Staatenbund konstruiert sein, der die Identität der Völker Europas garantiert und nicht verwischt. Die Nationalstaaten auf europäischen Boden haben sich nicht überlebt wie manche ihrer Kritiker immer noch in die Welt hinausrufen. Im Gegenteil: blicken wir nach Mittel- und Osteuropa so sehen wir, daß der Nationalstaat als Alternative zum ideologisch motivierten multiethnischen Vielvölkerstaat eine Renaissance erlebt.

Das Erscheinungsbild und die Selbstdarstellung der Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaates und der parlamentarischen Demokratie ist mittlerweile so desolat geworden, daß nur im revolutionären Aufbrechen verkrusteter Strukturen ein probates Mittel gegen die vielbeklagte Politikverdrossenheit zu sehen ist. Das unwürdige Geschacher um die Person des Bundespräsidenten im Vorfeld der Kandidatenkür muß dem Staatsbürger den Eindruck vermitteln, daß es nur um Parteienproporz und Sicherung von Pfründen geht. Die Person des Bundespräsidenten muß durch Direktwahl durch das Volk wieder eine herausgehobene Stellung über alle Parteien bekommen. Das wäre allerdings nur ein erster Schritt hin zu allgemeinen in einer frei vom Volke zu beschließenden Verfassung festgeschriebenen Volksentscheiden und Volksabstimmungen.

„Demokratie ist die Kontrolle des Volkes über sich selbst.“ - Muammar Al Qaddafi: Das Grüne Buch.